

**Einfache Anfrage SP-Fraktion:
«Spital Rorschach: Präjudizierende Entscheide des Verwaltungsrates**

Am 17. Februar 2020 reichten die SP-GRÜNE-Fraktion und die SVP-Fraktion die dringliche Motion 42.20.01 «Leistungsabbau in den Regionen bis zum demokratischen Beschluss stoppen» ein. Gegen den Widerstand der Regierung bejahte der Kantonsrat die Dringlichkeit mit 68:46 Stimmen deutlich. Die Regierung beugte sich der Mehrheit und forderte den Verwaltungsrat der Spitalverbunde in aller Klarheit auf, präjudizierende Entscheide mit Leistungsabbau bzw. -verschiebungen bis im August zu unterlassen. Der Augusttermin wurde gewählt, da der Kantonsrat damals davon ausging, dass die parlamentarischen Beschlüsse im Rahmen der ausserordentlichen Session im Mai 2020 gefasst würden.

Anfangs dieser Woche wurde bekannt, dass der Verwaltungsrat der Spitalverbunde die Operationstätigkeit im Spital Rorschach streicht und diese ans Zentrumsspital verlegt wird. Pikant dabei ist, dass das Spital Rorschach bereits im Text der dringlichen Motion als Beispiel herangezogen wurde: «So wird am Spital Rorschach kommuniziert, dass der Abbau hin zur definitiven Schliessung im April 2020 gestartet werde und sich das zuerst betroffene Personal in alle Richtungen neu orientieren sollte». Heute zieht der Verwaltungsrat die Corona-Krise als Begründung heran.

Die Entscheide des Verwaltungsrates der Spitalverbunde und die Rolle der Regierung, die den Auftrag der Motion des Kantonsrates umsetzen muss, wurden unterschiedlich dargestellt: Während gemäss Regionaljournal Ostschweiz der Präsident des Verwaltungsrates gesagt habe, der Entscheid sei mit der Regierung abgesprochen, wurde im St.Galler Tagblatt geschrieben, dass die Regierung vorgängig informiert wurde.

Damit stellt sich die Frage nach der Verantwortung der Regierung für die Umsetzung klarer Aufträge des Kantonsrates. Da die Fragen rasch und kurz beantwortet werden können, erwarten wir eine umgehende Stellungnahme der Regierung.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann wurde die Regierung über die präjudizierenden Beschlüsse des Verwaltungsrates informiert?
2. Hat sie zugestimmt, zur Kenntnis genommen oder – wie der Auftrag des Kantonsrates lautete – dagegen Stellung genommen?»

9. Juli 2020

SP-Fraktion